

Rainer Rilling

Was ist Geopolitik?

Einführung in die internationale Debatte<sup>1</sup>

Für die zwischen 1920 und 1960 in Deutschland geborenen Jahrgänge ist die Vorstellung von Geopolitik durch die Geopolitik des Faschismus geprägt. Sie steht hier für die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Nationalstaaten um territoriale Herrschaft, „Lebensräume“, Kolonien und Rohstoffe. Die Tabuisierung der „Geopolitik“ nach 1945 war zwiespältig: Distanzierung und Verschweigen der gewalttätig-expansiven Seite der Politik des Faschismus verschränkten sich. Geopolitik wurde damit zu einer Sache der Vergangenheit. In der postfaschistischen Bundesrepublik Deutschland gäbe es keine Kolonien, Kriege, Rohstoffkämpfe und geostrategisch-imperialen Kalküle, also auch keine Geopolitik mehr. Ein Irrtum - aus Interesse.

Männer und Mächte: die klassische Geopolitik

Ihr Hintergrund war das klassische Verständnis des Mensch-Natur-Verhältnisses in der neu entstehenden Wissenschaft Geographie (Humboldt, Ritter, Montesquieu), wonach die geographische Anordnung der Natur, Kultur, Gesellschaft und Politik bestimmt. Ihre Prägung erhielt sie durch die Verknüpfung der langen Entstehung des bürgerlichen Nationalstaates und des ausgreifenden Kapitalismus in Europa. Ihre prominenten Repräsentanten waren und sind etwa Friedrich Ratzel (Deutschland, 1844-1904), Rudolf Kjellén (Schweden, 1864-1922), Alfred Thayer Mahan (USA 1840 - 1914), Halford J. Mackinder (England, 1861-1947), Nicholas John Spykman (USA, 1893-1943), Karl Haushofer (Deutschland, 1896-1946), Carl Schmitt (Deutschland, 1888-1985), Isaiah Bowman (USA, 1878-1950), Henry Alfred Kissinger (USA 1923-), Colin Gray (USA, 1943-), Zbigniew Brzezinski (USA, 1928-), John J. Mearsheimer (USA 1947-), Robert D. Kaplan (USA, 1952-), John Thomas Barnett (1962-). Weisse Männer also, die in imperialen Denk- und Handlungsräumen dachten und handelten. Ihre politisch-strategischen Schlüsselthemen und -begriffe waren und sind bis heute Staatenkonkurrenz und Machtdominanz, Imperialität und zentraler Ort.

1899 verwandte der völkische, schwedische Staatswissenschaftler Rudolf Kjellén erstmals in der Zeitschrift „Ymer“ den Begriff „Geopolitik“. Indem das „Geo“ als Kausalbegriff in das „Politische“ eingeführt wurde, entstand ein Begriff, der angesichts der Wirrnis der Politik Orientierung, Zukunftsgewißheit und Durchsetzungskraft versprach. Kjellén war beeinflusst durch den deutschen Zoologen und Geographen Friedrich Ratzel, der in seinem Buch „Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges“ (1897) die Grundidee von der primären Bestimmung des Politischen durch die Natur zur biologistisch-organizistischen Theorie von Staaten als „Lebensformen“ ausarbeitete, die entweder wachsen oder untergehen müssten. Das Konzept der „Lebensräume“ und sein „Gesetz der wachsenden Räume“ stehen für die Idee einer sozialdarwinistisch-imperialistischen Überlebenskonkurrenz der großen Nationalstaaten. Bei Ratzel rückten die Quellen und Technologien der Macht der Territorialstaaten ins Zentrum der Politik und des imperialen Blicks. Mächtige Schlüsselcodes geopolitischen Denkens entstehen: die Staatsgrenzen unterscheiden zwischen „innen“ und „außen“. Das Maß der Macht sind die Größe des Territoriums und die Bevölkerungszahl. Die Kriege zwischen souveränen Staaten sind die Agenten des imperialen Wandels und letzte Entscheider. Die Fähigkeit, anderen

---

<sup>1</sup> Eröffnungsvortrag auf der Tagung „Geopolitik“ am 27.8.2012. In erweiterter Form zur Publikation in „W&F“ (Wissenschaft und Frieden“) 1/2013 vorgesehen.

Staaten den eigenen Willen aufzuerlegen und das eigene Territorium als Grundlage der Macht zu erweitern, ist das Ziel der Politik.

Die geopolitischen Diskurse und großen strategischen Orientierungen entstanden im Milieu der Imperial- und Kolonialstaaten der Jahrhundertwende. Als die übergreifenden zentralen Orte und Medien strategischer Machtanhäufung wurden „Land“ und „Meer“ wahrgenommen. „The Influence of Sea Power on History“ (1890) des US-amerikanischen Admirals und Marinehistorikers Alfred T. Mahan machte aus der Analyse der englisch-französischen Rivalität die Überlegenheit der See- über die Landmacht als Schlüssel zur Weltmacht stark. Der aufsteigende US-Kapitalismus benötigte zur Erschließung der neuen ausländischen Märkte eine durch die Navy gesicherte Handelsflotte und gleichermaßen geschützte Kolonien.

Für den britischen Geographen Sir Halford Mackinder dagegen lag der zentrale Ort der machtpolitischen Ambitionen auf dem Festland. In seinem berühmten Londoner Vortrag vor der Royal Geographic Society *The Geographical Pivot of History* (Der geographische Dreh- und Angelpunkt der Geschichte) von 1904 erklärte er das ressourcenreiche „Kernland“ des eurasischen Kontinents (der größten Landmasse der Erde) zum potentiellen globalen Macht- und Gravitationszentrum und damit zum „Herzland“ der politischen Machtgeographie der Welt: *“Who rules East Europe commands the Heartland: Who rules the Heartland commands the World-Island; Who rules the World-Island controls the World.”* Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland: Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel (Eurasien); Wer über die Weltinsel herrscht, kontrolliert die Welt.“<sup>2</sup> Mackinders trizonale globale Geographie unterschied zwischen einem vom Meer her unzugänglichen eurasischen Herz“land“ (Zentralasien, das westliche Sibirien und der Norden Irans und Pakistans), einem inneren Bogen (das „World-Island“ – die europäische Peripherie, Naher- und Mittlerer Osten, Indien, China) sowie einem äußeren Bogen (England, Amerika, Afrika, Australien, Ozeanien, Japan). Da die Seemacht Großbritannien diesen zentralen Ort des Großkontinents Eurasien nicht kontrollieren könne, warnte Mackinder von einem Niedergang der Macht Englands und einem Aufkommen kontinentaler Mächte wie Rußland (etwa im Bündnis mit Deutschland) oder dem Mittleren Osten, welche zukünftig den Planeten beherrschen könnten. Mackinders Sicht auf die Machtbeziehung zwischen See und Land war geprägt von der Krise des britischen Empire. Er repräsentierte eine konservative und kolonial-territoriale Linie der imperialistischen Geopolitik. In seinem Text *“On thinking imperially“* von 1907 formulierte er etwa: *“unser Ziel muss sein, dass unser ganzes Volk imperial, also in weltweiten Räumen denkt“*. Für ihn ging die Zeit der raumerschließenden Expansion (das „Zeitalter des Kolumbus“) zu Ende, die im Zeichen der Seemächte gestanden hatte. Diese planetare Schließung veränderte das geopolitische Denken: die Räume der Politik wurden endlich. Ins Zentrum der Raumpolitik rückte nun die Neuaufteilung eines Planeten, dessen Ordnung privat oder staatlich organisiert war. Staatenrivalität, Staatskonflikte und Staatskriege standen im Mittelpunkt eines geopolitischen Denkens und Handelns, das auf Weltordnung aus war. Für Jahrzehnte standen Mackinders und Mahans eurozentrische und staatsfokussierte Theorien und die Anhänger dieser Sichtweisen im Zentrum der politischen Geographie und –politik der USA und Großbritanniens.

Ihre disziplinäre und vor allem politische Zuspitzung auf einem revisionistischen, völkischen, später faschistischen Hintergrund fand die Geopolitik dann in der Weimarer Republik und im deutschen, italienischen, spanischen und japanischen Faschismus. Dafür standen die Gründung des Münchner Instituts für Geopolitik (1922), des Geopolitischen Seminars an der

---

<sup>2</sup> Halford Mackinder, *Democratic Ideals and Reality*, London 1919 S. 113.

Deutschen Hochschule für Politik in Berlin (1924) und der „Zeitschrift für Geopolitik,, (1924) u.a. durch den Generalmajor, Hochschullehrer und Geographen Karl Haushofer, der ein enger Vertrauter von Rudolf Hess war. Haushofer trug wesentlich dazu bei, dass die Geographie zu einer Staatswissenschaft des Faschismus avancierte. In der Geopolitik sah er „die Wissenschaft von der politischen Lebensform im natürlichen Lebensraum, die sie in ihrer Erdgebundenheit und ihrer Bedingtheit durch geschichtliche Bewegungen zu erfassen sucht.“<sup>3</sup> Er forderte die Revision der Versailler Verträge und die Rückgabe der „geraubten“ Territorien. Für eine „Zeit geopolitischer Flugbereinigung“ und „der Neuverteilung der Macht auf der Erde“ entwickelte er antiliberalen und antiwestlichen Großraumkonzepte („Reich“) und knüpfte dabei an den durch die Mittellage Deutschlands begünstigten Expansionismus und die Lebensraumidee an. Die eurasische Landmasse sollte unter deutscher oder deutsch-russisch-japanischer Kontrolle stehen. Der terroristische Rassismus des Faschismus schlug einen anderen, den Weg der Ausrottung ein, um Platz für ein arisches „Volk ohne Raum“ zu schaffen.

Anders als die zeitgleiche Politik- und Raumtheorie Carl Schmitts verblieben freilich Haushofers geopolitische Orientierungen und raumwissenschaftlichen Konzepte vollständig im völkisch-faschistischen Ideologieraum. Nach 1945 blieb die Wirksamkeit dieser geopolitischen „Schule“ nach dem Zusammenbruch des imperialen Faschismus im wissenschaftlichen Raum trotz der Wiedergründung der „Zeitschrift für Geopolitik“ (1951) und einer weitgehend ungestörten Rückkehr ihrer Anhänger in die bundesdeutschen Hochschulen und Wissenschaftsszene randständig. In den rechtsextremen und neofaschistischen Organisationen der 50er Jahre und deren wachsenden Publizistik waren sie jedoch durchaus präsent. Auch die kurzzeitig einflussreichen „Neuen Rechten“ machten sich für sie stark. Die geopolitischen Tradierungen Carl Schmitts fanden in einem vielfältigen Netz der „Gespräche in der Sicherheit des Schweigens“ (Dirk von Laark) rasch Eingang in einflussreiche Zusammenhänge der neuen politischen Geistesgeschichte der Bundesrepublik und wurden auf diese Weise in der Nachkriegszeit zunehmend problemlos legitimer und expliziter Bestandteil der politischen Kultur und Publizistik einflussreicher organischer Intellektuellen nicht nur der bundesdeutschen Eliten. Letztlich setzte die fast ein halbes Jahrhundert dominierende politische Geographie der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges trotz vieler Modifikationen die gewaltgeneigten, binären und etatistischen Traditionen der klassischen Geopolitik fort - „Freiheit oder Sozialismus“ (Franz-Josef Strauß) war die Unterscheidung. Den Begriff Geopolitik selbst jedoch wurde erst im Konflikt um die Westbindung der Bundesrepublik bzw. im Historikerstreit in den 80er Jahren allmählich zu einem verbreiteten, gleichsam normalisierten Bestandteil der politischen Sprache. Mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Länder 1989-1991 und den damit verbundenen ungeheuren Optionen für Territorialgewinn und Kapitalakkumulation nach Osten wurden Geopolitik und Geostrategie endgültig zu einem stark expandierenden strategischen Politikfeld auch in der Bundesrepublik, ohne als solches in offiziellen Orientierungs- und Leitdokumenten kommuniziert zu werden. Die 2010/11 beginnende Debatte um die „unausweichliche Führungsrolle“ der BRD als „Hegemonialmacht Europas“<sup>4</sup> hat dieser Entwicklung erneut einen dramatischen Impuls gegeben. Freilich: im Spiel war eine andere Geopolitik. Ihr Zentrum lag in den USA.

Der „liberale Internationalismus“

---

<sup>3</sup> Hans-Adolf Jacobsen: Karl Haushofer. Leben und Werk, Boppard 1979 (1925), S.508.

<sup>4</sup> Christoph Schönberger: Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union, in: Merkur 1/2012 S.1

Aus welcher historischen Konstellation entstand diese andere Variante der Geopolitik? Zunächst folgte die Entstehung der USA gleichsam gewohnten geopolitischen Bahnen. In einer einzigen Generation okkupierten die unabhängig gewordenen Amerikaner mehr Land auf „ihrem“ Kontinent als in der gesamten Zeit des britischen Empire von diesem angeeignet wurde. Diese Eroberung des kontinentalen Westens war ein funktionales Substitut der imperial-kolonialen Eroberungen Europas oder des zaristischen Russland. Sie betrieb land grabbing, war rassistisch und gewalttätig, ignorierte die Ansprüche der Bewohner, praktizierte Völkermord, marginalisierte letztlich die indigenen Völker. Die Bildung eines Nationalstaats ging einher mit der Entstehung eines kapitalistischen, kontinentalen Territorialimperiums. Diese *innere* Landnahme war Ende des vorletzten Jahrhunderts schon längst beendet und lief in den 1890ern aus. Wie also eine kapitalistische Ausdehnung fortsetzen, die nicht bloß ökonomisch geboten war, sondern auch stark ideenpolitisch begleitet wurde durch die Ideen der sich unaufhörlich ausdehnenden Grenze, des Besitzindividualismus, der Marktgesellschaft, des Liberalismus und den Gedanken des gottgegebenen amerikanischen Exzeptionalismus? [lief in den 1890ern aus.](#) Eine sich anbietende, dem klassischen geopolitischen Muster des europäischen Imperialismus folgende *äußere* Landnahme war kräftepolitisch riskant, wenn nicht unmöglich. Im Zusammenhang mit den überseeischen Eroberungen der USA (Guam, Hawaii, Puerto Rico, Kuba, Nicaragua, Honduras, Philippinen) war zwar vom *American Empire* die Rede, doch sie hatten jenseits ihrer Dominanz über die amerikanische Hemisphäre keine externe territoriale Einflussosphäre und kein transkontinentales, noch nicht voll kapitalisiertes Empire, in welches sich ihr dynamischer Kapitalismus hätte nachhaltig ausdehnen können. Die genannten Eroberungen waren weit davon entfernt, einen Grundstock für ein solches Imperium bilden zu können. Die Geopolitik eines transkontinentalen Kolonialismus war nicht mehr aussichtsreich und konnte das Expansionsproblem eines dynamisch akkumulierenden Kapitalismus nicht lösen. Erst recht wäre eine frontale Attacke gegen die faktische Aneignung und Aufteilung der gesamten Oberfläche der damaligen Welt durch den europäischen Imperialismus und seine starken Kolonialmächte England, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, Belgien in jeder Hinsicht aussichtslos gewesen. Eine neue geopolitische und –ökonomische Strategie war notwendig.

Diese neue Geographie und –politik wurde das zentrale Thema der neuen Außenpolitik der USA. An die Stelle unmittelbarer territorialer Einverleibung, der Schaffung von Kolonien und formeller, zumeist rassistisch geprägter Herrschaft trat nun ein anderer strategischer Ansatz, der an ein kurzzeitig in den 1860ern von Großbritannien praktiziertes Muster europäischer Kolonialherrschaft anknüpfte. Die Schlüsselidee war die Politik der „*Open Door*“ (John Hay 1898), also die Öffnung der ökonomischen und rechtlichen Ordnungen und damit der Zugang zu den Märkten, Arbeitskräften und Rohstoffen der Welt für das amerikanischen Kapital. Im Mittelpunkt der Idee eines von den USA geprägten, abhängigen oder kontrollierten „Großraums“ (Neal Smith) standen nicht die Annexion von Territorien (im Sinne von Einverleibung) und der Überwältigung territorial basierter Souveränität (im Sinne der Okkupation) sondern der Gedanke der Raumhoheit als Container informeller Herrschaft. Eine ganze Skala von Praxen aufschließender indirekter und informeller Kontrolle entstand. Länder und Territorien sollten zugänglich und durchlässig werden, ihre territoriale Integrität und formelle Souveränität aber bleiben. Die Welt musste nicht amerikanisch sein, aber offen für amerikanische Produkte, Investitionen und Ideologien, für ein entsprechendes internationales / nationales Recht als Rahmen für Privateigentum, Wettbewerb und Verträge

und für politischen Liberalismus. Es ging nicht um Kolonien, sondern um Märkte, aus denen vorzugsweise amerikaaffine Marktgesellschaften entstehen sollten. Die ursprünglich auf Asien abzielende „Open-Door-Politik“ sollte dem amerikanischen „imperialen“ Kapital die ganze Welt erschließen, die auf die westliche Hemisphäre zielende Monroe-Doktrin sollte nun „als die Doktrin der Welt“ globalisiert und die USA sollten „die Führung der Welt“ (Wilson) beanspruchen. Der „liberale Internationalismus“ Wilsons war die erste präsidentiale *liberalimperiale Vision*.<sup>5</sup> Praktisch mündete sie seit den 40er Jahren ein in ein liberales „Projekt, den Kapitalismus global zu machen.“<sup>6</sup>

Nach der Ausbildung ihrer kontinentalen Form transformierten sich die USA von einem Territorialimperium in ein regionales post- oder „*nichtterritoriales*“ Empire (Bruce Cumings). Seitdem fielen die formellen, kontinentalen Grenzen des Nationalstaates USA und die der imperialen Raumhoheit der USA immer mehr auseinander – ein Prozess, der sich lange als Streit zwischen „Isolationismus“ und „Internationalismus“ widerspiegelte. Während die USA schon frühzeitig und andauernd an ihren Territorialisierungstechniken zur Befestigung ihrer nationalstaatlichen Grenzen arbeiteten (Zäune und Mauern, Kameras, Grenzpatrouillen bis zu biometrischen Techniken, Bewegungssensoren, Screening und Überwachungsapparaturen), trieben sie zugleich die Universalisierung ihrer imperialen Grenzen voran. Bei diesen ging und geht es nicht um die Fixierung eindeutiger territorialer Grenzziehungen, die für die Geopolitik klassischer Landimperien eine zentrale Rolle spielten, sondern es geht (vor allem nach dem 2. Weltkrieg) um die Internationalisierung des imperialen Staates mit verstreuten, beweglichen, unscharfen Grenzen: um Zonen der Aneignung (auch der Kontrolle der Produktions- und Verteilungsketten von Waren oder Daten durch extraterritoriale Außenposten in Schiffs- und Flughäfen oder Speicheranlagen oder Rechtsnormen), um Zonen der Interaktion mit Konkurrenten, um verteilte Orte der Machtprojektion, um Verhinderung der Schließung von Räumen für die kapitalistische Akkumulation. Innen und Außen, Zugehörigkeit und Ausschluss, De- und Reterritorialisierung – also die ständige Veränderung des Raumes - gehören zum Wesen dieser Geopolitik. *Imperien sind nicht, sie werden*. Maßlosigkeit ist ihr einziges Maß. Logiken der Ausdehnung und Aneignung sind ihnen eigen, gleichgültig welche Basis und Technologien der Macht sie ins Spiel bringen. Letztlich mündete diese

Diese geostrategische Option des post- oder nichtterritorialen, imperialen Raums entfaltete sich seit Beginn des letzten Jahrhunderts, hatte ihren ersten Höhepunkt nach dem Ersten Weltkrieg und wurde in der Zeit der 30er Jahre und dann des zweiten Weltkrieges langsam dominant. Der neue Hegemon des 20. Jahrhunderts entstand im Konflikt und Kooperation zugleich mit dem klassischen formellen Imperialismus und vor allem mit dem militaristisch-terroristischen Projekt des faschistischen „Reichs“. Entschieden wurde, welches imperiale Projekt die folgenden Jahrzehnte dominieren sollte. Insofern ist die erste Hälfte des letzten Jahrhunderts auch von einem neuen „dreißigjährigen Krieg“ zwischen den USA und Deutschland um die Nachfolge des britischen Empire als dominierender Macht geprägt gewesen. In der Zeit zwischen der Oktoberrevolution 1917 bis 1942/43, als sich der Ausgang des zweiten Weltkriegs entschied, konkurrierten jedoch drei, in den Festungen „ihrer“ Nationalstaaten verankerten imperiale Projekte mit globalem Anspruch. Mit der Sowjetunion war ein weiteres Projekt großräumlicher Neugestaltung aufgestiegen, das den

---

<sup>5</sup> Vgl. Joachim Krause: Liberaler Imperialismus und imperialer Liberalismus als Erklärungsansätze amerikanischer Außenpolitik, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 1/2008 S.68-95.

<sup>6</sup> Leo Panitch, Sam Gindin: The Making of Global Capitalism. The Political Economy of American Empire, London/New York 2012 S.7

Gedanken des Imperialen keineswegs ignorierte, sondern sich explizit als postimperial und daher antiimperial(istisch) verstand und etikettierte – tatsächlich dabei aber zugleich als zentralistische, formelle und oft gewaltförmige Macht agierte und ein eigenes geopolitisches und nicht-kapitalistisches geökonomischen Projekt der Durchsetzung eines staatssozialistischen Großraums verfolgte. 1945 war das völkisch-terroristische Projekt besiegt. Der US-Politikwissenschaftler Nikolas J. Spykman publizierte zwischen 1938 und 1944 zwei Bücher und Aufsätze, deren unmittelbar an Mahan und vor allem Mackinder anknüpfendes geostrategisches Plädoyer für eine mit Hilfe der USA aufzubauende Balancemacht gegen die Macht des Heartland allgemein als frühes Votum für eine Politik angesehen wurde, die in den folgenden Jahrzehnten „containment“ (Eindämmung) des staatssozialistischen Raums und ihres zentralen Herzlandes genannt wurde. Knapp ein halbes Jahrhundert später war auch dieser Grundkonflikt entschieden.

So blieb als gegenwärtig keineswegs alleinige, aber vorherrschende Form der Imperialität – also des Ordnungsmodus und der Zielgestalt kapitalistischer Großräume - die „postterritoriale“ des informellen Empire, bei der die Kapitallogik über die Territoriallogik (David Harvey) triumphiert, „der Markt die Macht bestimmt“ und deren pervasive Geopolitik auf Raumhoheit aus ist, die statt mit Okkupation und Annexion mit Durchdringung und transformativer Assimilation operiert.

#### Zusammenspiel und Konkurrenz

Schon aus macht- und ressourcenpolitischen Gründen müssen Imperien auch eine territoriale (nationalstaatliche) Basis haben, die sich durch Größe auszeichnet. Die Skalierung der Macht ist ein Schlüsselfaktor imperialer Geopolitik. Dabei hängt es vom Charakter der Arena ab, ob ein Akteur im globalen Spiel der Geopolitik imperialen Zuschnitt bekommt: Imperien haben im Unterschied zu anderen Ordnungen immer einen Bezug zu dem, was „Welt“ ist: *“Empires are in the business of producing world order”*<sup>7</sup>. Zur Bestimmung des Imperialen gehören die Absicht und die wirkliche Fähigkeit zur Welt-Ordnung, also ein Transformations- und Hegemonialanspruch, der auf die politische Geographie des Globalen zielt. Das macht sie aus.

Sich im Weltordnungsgeschäft zu halten vermögen aber nur jene, die alle Töne in der geopolitischen Klaviatur spielen können – gerade auch die militärischen. Das militärische Kerngeschäft ist, durch Disziplinierung, Gewalt und die technisch hochwertige Projektion militärischer Macht über quasikoloniale Überseeterritorien und zahllose Militärstützpunkte Raumhoheit zu erreichen, zu sichern und auszuweiten. In der Zeit des Kalten Krieges war der Jargon der herrschenden „realistischen“ Schule der „Internationalen Beziehungen“ davon geprägt: bipolare Weltordnung, Dominotheorien, nukleares Eskalationsdenken u.ä. umrissen das geostrategische Feld - und vermieden dabei allzu starke Bezüge auf Begriff und Geschichte der „Geopolitik“. Personal, Theorie, Narrativ und Versprechen machten freilich in aller Regel kaum einen Unterschied. Zudem waren oftmals zeitgleich zahlreiche Militärakademien und Think Tanks der USA und Rußlands – dann auch Europas, Indiens und Chinas und zur Zeit der Militärregime auch Chiles, Argentinens und Brasiliens – mit Abteilungen für „Strategic Studies“, „Politische Geographie“ und „Geopolitik“ ausgestattet, die ihre geopolitischen oder imperialstaatlichen Projekte strategisch untersetzten. Seit Anfang der 70er Jahre waren es die nationalen Sicherheitsberater Nixons (Henry Kissinger)

---

<sup>7</sup> Charles S. Maier: An American Empire? Harvard Magazine 6/2002. Zur Debatte s. Wolfgang Fritz Haug: Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise 2012, S. 131ff.; Rainer Rilling: Risse im Empire, Berlin 2008 S. 47ff.

und Carters (Zbigniew Brzeziński), die im strategischen Diskurs der US-Eliten die Terminologie und „realistischen“ Traditionen der Geopolitik und Eurasien als „zentralen Ort“ des Kampfes um globale Hegemonie und „Kernzone globaler Instabilität“ hoffähig und populär machten.

Es gibt ein Traditionsmassiv der klassischen rechtsimperialen Geopolitik und ihrer oftmals militärischen Problemlösungen, die bis hinein in das „Zeitalter der Globalisierung“ überlebte. In den neoklassischen „realistischen“ Blockbusters der Ära Bush und danach wie Robert Kaplans *“The Revenge of Geography”* (2012) oder Thomas P. M. Barnetts *„The Pentagon’s New Map“* (2004) werden Großraumkonzepte variiert und die Schlüsselrolle der Geografie betont. Noch in den aktuellen Debatten der großen „Hinwendung“ der USA zum pazifischen Raum und der Verlagerung des politischen und wirtschaftlichen Gravitationszentrums der Welt nach Asien, die mit einem langen Niedergang der USA einhergehen würde, spiegelt sich die hartnäckige Präsenz dieser klassischen geopolitischen Vorstellungen wider. Brzezinski schreibt in seinem letzten Buch *„Strategic Vision. America and the Crisis of Global Power“* (2012): die *„globale Suprematie des Westens ist vorbei“*, ein *„dramatischer Niedergang in Amerikas globalem Standing gegenüber der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts“* und sein *„Rückzug von seiner Rolle als Weltpolizist“* seien offensichtlich. Sie müssten in den nächsten zwei Jahrzehnten ihre Positionen in Ostasien ausbauen und Rußland, die Ukraine sowie die Türkei mithilfe der EU und der NATO zum Bestandteil eines *„expandierten“* und *„vergrößerten Westens“* machen<sup>8</sup>. So könne Stabilität durch die erneuerte Hegemonie des Westens gesichert werden – gegen den Hauptkonkurrenten China. Die Sprache der klassischen Geopolitik also. Demgegenüber die Sprache der liberalimperialen Geopolitik bei John Ikenberry *“Die heutige Transition der Macht repräsentiert nicht die Niederlage der liberalen Ordnung sondern den Abschluß ihres Aufstiegs. Brasilien, China und Indien sind alle wohlhabender geworden und imstande, innerhalb der bestehenden internationalen Ordnung zu handeln (...) sie haben ein tiefes Interesse daran, dieses System beizubehalten. (...) Obwohl das letzte Jahrzehnt bemerkenswerten Aufruhr im globalen System gebracht hat (...), gibt es keine Konkurrenten der liberalen internationalen Ordnung.“*<sup>9</sup>

## Die andere Geopolitik

In den USA etablierte sich seit Ende der 80er Jahre die „kritische Geopolitik“, die zunächst überwiegend auf die diskursanalytischen Traditionen der postmodernen Sozialwissenschaft zurückgriff. Sie betrieb die Dekonstruktion der politischen und wissenschaftlichen Rhetorik der vorherrschenden geopolitischen Welt-Anschauungen und fragte danach, wie über Räume gesprochen und wie sie gebildet werden - schließlich müssten etwa die strategische Qualität einer Meerenge oder des erdnahen Raums erst gesellschaftlich definiert, also kommunikativ aktiviert werden. Insoweit ist Geographie kein „objektives“ Ensemble von Sachverhalten und Strukturen, sondern wird konstituiert, konstruiert und kommuniziert. Die kritische Geopolitik bearbeitete daher die Vorstellungen über räumliche Aufteilungen und Arrangements in populären Massenmedien, Filmen, Erzählungen oder Cartoons und in den Texten, Bildern und Karten der geopolitischen Akteure und Institutionen (Militärs, Bürokratien, politische Eliten, Think Tanks). Im Mittelpunkt der Präsentation von Welt oder internationaler Politik standen dabei die klassischen geopolitischen Codes (also

---

<sup>8</sup> Zbigniew Brzeziński: *Strategic Vision. America and the Crisis of Global Power*, New York 2012, S. 35, 70, 102, 115, 132.

<sup>9</sup> John Ikenberry: *The Future of the Liberal World Order. Internationalism after America*, in: *Foreign Affairs* 3/ 2011 S.57f. Hier ist China weit voran auf dem Weg zur liberalen Marktgesellschaft.

Unterscheidungen von und Grenzziehungen zu Räumen und Temporalitäten) und einige wenige entsprechende politische, soziale und kulturelle Bedeutungs- und Identitätszuschreibungen: „Osten:Westen“, „Nord:Süd“, „Hier:Dort“, „Land:See“, „Ich:Die“, „Wir:Sie“, „Okzident:Orient“, „Barbarei:Zivilisation“, „National:International“, „Freund:Feind“ oder „Zukunftsfähig:Zurückgeblieben“, „Aufstieg:Niedergang“. Keine „grand strategy“ oder strategische Erzählung kommt ohne solche binär strukturierte Narrative aus. Auch gegenwärtig sind sie hochwirksam, wie ein Blick auf die krasse Veränderung der Bilder vom „Orient“ oder von „Rußland“ im letzten Jahrzehnt zeigt. Geographisches Wissen wurde folgerichtig als eine Methodik und Technologie der Macht verstanden, kritische Geopolitik als deren Dekonstruktion.

Neben Diskursanalyse und Ideologiekritik thematisierte die kritische Geopolitik sehr rasch die Frage, wie Herrschafts- und Machtbeziehungen in bestimmten Orten oder Räumen wirken: ob an der Grenze, in der Mietwohnung, auf der Straße, der Stadt, dem Betrieb, der Region, einer Gefängniszelle, in der Kampfzone. Vielfältige Debatten zu „Alter-geopolitics“ (Sara Koopman, 2011), „Geography and gender“ (Joanne Sharp, 2009) und die „Subaltern geopolitics“ (Sharp, 2011) oder die Analysen der Geographie der Gewalt und der Furcht, der Affekte, der Krise und des Klimawandels, der Superreichen, der Finanzmärkte oder der Religionen haben diesen Nexus von Raum und Macht als Grundthema in den Vordergrund gerückt. Damit rückte sie vom hergebrachten Staatszentrismus und seinem Fokus auf Territorialität ab. Das Gesamtspektrum des Zusammenhangs von Politik und Raum bis hin zum Alltagswissen und der Alltagserfahrung der einzelnen Individuen, sozialen Bewegungen und Akteure geriet in Blick.

Freilich fehlte der kritischen Geopolitik lange der Brückenschlag ihrer Diskurs- und Machtanalyse zu einer radikalen politischen Ökonomie, die mittlerweile in der Wallersteinschen Weltsystemtheorie, der Internationalen politischen Ökonomie (IPÖ) und der breiteren marxistischen Kapitalismusanalyse einen neuen Aufschwung nahm und marxistische TheoretikerInnen wie Rosa Luxemburg, Nikolaj Bucharin, Karl Wittvogel oder Henri Lefèbvre wieder in Erinnerung rief. Vor allem David Harvey brachte in „Social Justice and the City“ (1973) die Kapitalismus- und Gesellschaftsanalyse und die Frage der Gerechtigkeit neu in die Geographie ein. Eine kritisch-materialistisch inspirierte Idee von Geopolitik hat seitdem stark gemacht, dass Territorialität nicht nur eine spezifische Form der politischen Organisation wäre, sondern auch als ein produzierter Raum ständiger Inwertsetzung auch entfernter Orte anzusehen sei, der ununterbrochen an einzelnen Punkten günstige lokale geografische, soziale, agrikulturale, stoffliche oder energetische Produktivitätsvorteile oder politische Stabilität biete und daher gleichsam als geographischer „pivot“ der Kapitalakkumulation und Machtkonzentration fungiere.<sup>10</sup> Die Bewegung des Kapitals verknüpft lokale, regionale und globale Räume, verkörpert sich als Geld, Ware, Eigentum, Maschinerie und Erwerbsarbeit an konkreten Orten wie Fabriken, Büros oder Medien und drückt zudem diesen Räumen und Orten den Stempel der Produktion, Konsumtion und Zirkulation auf. Nicht umsonst ist in der politischen Geographie viel von Produzenten-, Konsumenten- und Transitstaaten oder –regionen die Rede. Die territoriale Fragmentierung des Staatensystems und deren Logik der politischen Macht und

---

<sup>10</sup> David Harvey hat skizziert, welcher Widerspruch hier entsteht: „Als Gesamtergebnis strebt der Kapitalismus in seinem ständigen Durst nach unendlicher Kapitalakkumulation stets die Errichtung einer geographischen Landschaft an, die seine Aktivitäten zu einem gegebenen Zeitpunkt erleichtert, nur um sie zu einem späteren zerstören und eine ganz andere Landschaft aufbauen zu müssen. Solcherart ist die Geschichte der schöpferischen Zerstörung eingeschrieben in die Landschaft der tatsächlichen historischen Geographie der Kapitalakkumulation.“ (Der neue Imperialismus, Hamburg 2005, S.102)



zwischenstaatlichen Konkurrenz geraten somit ständig in Konflikt mit der Wettbewerbslogik der räumlichen Ausdehnung und Landnahme im Zuge der zwingend maßlosen Kapitalakkumulation.

Den widersprüchlichen und konfliktreichen Logiken der Geopolitik, also der Interaktion zwischen Raum, Macht und Produktion (Akkumulation) sind jedoch nicht nur zentrale Effekte wie Wachstum (Expansion), Ungleichheit und Abhängigkeit eingeschrieben – es gibt auch die Seite der anderen, alternativen Geopolitik, die im Alltag und in der ganzen Landschaft der Politik zu finden ist: in Seattle, Porto Alegre, Kairo, Mahalla, Athen, anderswo.

Rainer Rilling ist apl. Prof. für Soziologie in Marburg und Research Fellow der Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin. Er publizierte zum Thema u.a. „Risse im Empire“, Berlin 2008 und eine Fallstudie „Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11“, in: Michael Brie (Hg.): Schöne neue Demokratie, Berlin 2007 S.141-207.